



## **Russische Innenpolitik: Parteitag von „Einiges Russland“**

**Prof. Dr. Lic. Eberhard Schneider**

**Februar 2017**

### **Zusammenfassung**

---

Am 21./22. Januar fand in Moskau der XVI. Parteitag der Machtpartei „Einiges Russland“ statt, deren Bedeutung nicht mehr so groß ist wie vor fünf oder sechs Jahren. Sie wird bei der Präsidentenwahl 2018 eine wichtige, aber nicht die entscheidende Rolle spielen, denn Putins Elektorat ist größer als das der Partei. Premier Dmitrij Medwedew wurde zum Vorsitzenden der Partei wiedergewählt. Der neue Vorsitzende der Staatsduma, Wjatscheslaw Wolodin, wurde in das aus 15 politischen Schwergewichten bestehende Büro des Höchsten Rats gewählt, der die Entwicklungsstrategie der Partei festlegt. Medwedew und der neue Erste Stellvertretende Leiter der Präsidentialadministration, Sergej Kirijenko, seien laut einer kremlnahen Quelle über die wachsende politische Stärke Wolodins sehr besorgt. Für Präsident Wladimir Putin, der am Parteitag nicht teilnahm, sondern nur ein kurzes Grußwort schickte, ist die Nähe zu „Einiges Russland“ nicht von Vorteil, weil die Machtpartei mit der staatlichen Bürokratie gleichgesetzt wird.

### **Das ISPSW**

---

Das Institut für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung (ISPSW) ist ein privates, überparteiliches Forschungs- und Beratungsinstitut.

In einem immer komplexer werdenden internationalen Umfeld globalisierter Wirtschaftsprozesse, weltumspannender politischer, ökologischer und soziokultureller Veränderungen, die zugleich große Chancen, aber auch Risiken beinhalten, sind unternehmerische wie politische Entscheidungsträger heute mehr denn je auf den Rat hochqualifizierter Experten angewiesen.

Das ISPSW bietet verschiedene Dienstleistungen – einschließlich strategischer Analysen, Sicherheitsberatung, Executive Coaching und interkulturelles Führungstraining – an.

Die Publikationen des ISPSW umfassen ein breites Spektrum politischer, wirtschaftlicher, sicherheits- und verteidigungspolitischer Analysen sowie Themen im Bereich internationaler Beziehungen.



## Analyse

Am 21. und 22. Januar 2017 fand der XVI. Parteitag von „Einiges Russland“ statt.<sup>1</sup> Premier Dmitrij Medwedew wurde ohne Gegenkandidaten zum Vorsitzenden der Machtpartei für fünf Jahre wiedergewählt. Wiedergewählt in Parteigremien wurden auch der ehemalige Innenminister Boris Gryslow als Leiter des Höchsten Rats der Partei und der Leiter von Putins Wahlkampfstab für die Präsidentenwahl 2012 sowie Stellvertretende Vorsitzende der Staatsduma, Sergej Newerow, als Sekretär des Generalrats.<sup>2</sup> Newerow steht seit April 2014 auf der Sanktionsliste der Europäischen Union, weil er für die Vorlage der Gesetzesvorschriften zur Integration der annektierten Autonomen Republik Krim in die Russische Föderation steht. Der Höchste Rat bestimmt die Entwicklungsstrategie der Partei. Der Generalrat mit seinen 150 Mitgliedern ist das oberste Parteigremium zwischen den Parteitagen, ähnlich dem Zentralkomitee der KPdSU. Der Generalrat gibt Erklärungen zu wichtigen politischen und gesellschaftlichen Fragen ab.

Der neue Vorsitzende der Staatsduma, Wjatscheslaw Wolodin, wurde in das aus 15 politischen Schwergewichten bestehende Büro des Höchsten Rats gewählt. Diese Personalie – so war zu hören – sei mit der Zustimmung der „ersten Person“ erfolgt. Von 2007 bis 2011 hatte Wolodin schon einmal eine hohe Parteifunktion inne; er war Sekretär des Präsidiums des Generalrats. Eine kremlnahe Quelle äußerte sich dahingehend, dass Medwedew und Kirijenko über die wachsende politische Stärke von Wolodin sehr besorgt seien. Zur Beruhigung erklärte Wolodin, dass seine Funktion des Staatsdumavorsitzenden Vorrang habe vor dem Parteiamt. Der neue Erste Stellvertretende Leiter der Präsidentialadministration, Sergej Kirijenko, beobachtete persönlich den Verlauf des Parteitags.

Ein Mitarbeiter der Partei, der vom ersten Tag ihres Bestehens dabei ist, äußerte sich dahingehend, dass das personelle Gerüst der Positionen im Höchsten und im Generalrat und deren Büros nicht ohne den apparativen Einfluss innerparteilicher Gruppen erhalten geblieben sei. Das „Festhalten an der Führung erfolgte dank der Empfehlungen des politischen Blocks des Kreml, und die alten Parteigenossen waren einfach nicht gegen ihr Verschwinden“.

Ein weiterer personeller Neuzugang in den Parteiführungsorganen ist der Minister für Wohnungsbau und kommunale Wohnungswirtschaft, Michail Men, der zum Mitglied des Generalrats gewählt wurde. Laut Gesetz dürfen Minister – der Premier offensichtlich schon (!) – keine hohen Parteiämter innehaben. Die Wahl von Men bedeutet wohl, dass das Gesetz geändert werden wird.

Präsident Wladimir Putin nahm nicht am Parteitag teil, denn die Nähe zu „Einiges Russland“ ist für ihn nicht von Vorteil, weil die Machtpartei mit der staatlichen Bürokratie gleichgesetzt wird. Deshalb distanziert er sich von der Partei. In seinem kurzen Grußwort, das Medwedew verlas, stellte der Präsident fest, dass die Partei in den vergangenen Jahren ihre „Position, Autorität und ihren Einfluss bedeutend gestärkt“ habe.<sup>3</sup> Er forderte, dass ihre Tätigkeit „verantwortungsvoller und effektiver“ sein solle.

Der Parteivorsitzende Medwedew führte in seiner Rede am zweiten Tag aus, dass auf der Partei die „gesamte Verantwortung“ liege. Was sei erreicht worden? Erstens seien die Grundorganisationen gestärkt worden. Ein Fünftel der Mitglieder des Generalrats seien Sekretäre der Grundorganisationen, bei den Führungsorganen auf

<sup>1</sup> <http://er.ru/news/150912/>, <http://er.ru/news/150900/>

<sup>2</sup> <http://kommersant.ru/doc/3199470>

<sup>3</sup> <http://da-medvedev.ru/news/item/25458/>



der regionalen und kommunalen Ebene sogar 30 %. Zweitens sei im Rahmen der Änderung des Parteistatuts 2012 die Kaderrotation umgesetzt worden. Zudem würden jetzt die Sekretäre der verschiedenen Parteistrukturen in geheimer Wahl aus mehreren Kandidaten gewählt. Außerdem dürften sie nur einmal wiedergewählt werden. In Vorbereitung des Parteitags sei in den regionalen Parteiorganisationen eine Berichts- und Wahlkampagne durchgeführt worden, die zur Ablösung von einem Drittel der Parteisekretäre geführt habe.

Drittens wurde die Partei für verschiedene politische Anschauungen geöffnet. So entstanden verschiedene politische Plattformen wie die soziale, die patriotische, die liberale und die Unternehmerplattform. Außerdem führte „Einiges Russland“ in den vergangenen Jahren 13 Foren durch, aus denen dann die Plattformen entstanden sind. Auf den Foren diskutieren Experten aus verschiedenen Fachbereichen, darunter auch Parteilose. Medwedew unterstützte die Idee, einen Mechanismus für die ständige Konsultation mit Ministern zu schaffen. Konsultationen zur Vorbereitung von schwierigen Dokumenten wie z.B. des Haushaltsplans 2017-2019 finden statt.

Die Partei versteht sich laut Medwedew viertens als Hüterin der Bürgerrechte. In den vergangenen fünf Jahren haben sich mehr als 3 Mio. Bürger mit Eingaben an „Einiges Russland“ gewandt. 2,6 Mio. Personen kamen zu diesem Zweck persönlich in die Parteibüros. Im fünften Punkt sprach Medwedew die Frage der Auswahl der Kandidaten für die Staatsdumawahl an. Fast zehn Jahre seien verschiedene Modelle ausprobiert worden. Im Mai 2016 seien dann Primaries durchgeführt worden. Praktisch hätten die Wähler die Liste der Parteikandidaten und der parteilosen Kandidaten zusammengestellt.<sup>4</sup> Medwedew warnte die Partei, sich auf Provokationen einzulassen. Sie solle sich auch nicht in sinnlose politische Intrigen hineinziehen lassen.

Um eine „Wohlstandsökonomie“ zu erreichen, erhob der Parteivorsitzende folgende drei Forderungen: Erstens sei es notwendig, die Wirtschaft vor starken Schwankungen zu schützen und die Vorhersagbarkeit der Regeln zu gewährleisten. Er stellte fest, dass im vergangenen Jahr die Inflation mit 5,4 % das bisher niedrigste Niveau im modernen Russland erreicht habe. In naher Zukunft solle sie auf 4 % jährlich reduziert werden. Zweitens sei es erforderlich, die Rahmenbedingungen für die kleinen und mittleren Unternehmen zu verbessern. Für diese Aufgabe seien im Budget 20 Mrd. Rubel vorgesehen. Zudem sollen die administrativen Barrieren weiter abgebaut werden. Außerdem müsse die Anzahl der Überprüfung der Unternehmen innerhalb von drei Jahren reduziert werden. Und bei den Aufsichtsgremien solle bei der Überprüfung ein risikoorientierter Ansatz eingeführt werden.

Drittens sei es notwendig, einen fairen Wettbewerb zu gewährleisten, sowohl auf dem russischen Markt als auch auf dem Weltmarkt. Zu diesem müssten die Hindernisse abgebaut werden, welche die russischen Produkte auf dem heimischen Markt und auf den internationalen Märkten diskriminierten. Viertens rief Medwedew dazu auf, diejenigen Wirtschaftszweige zu fördern, die in schwierigen Zeiten schon jetzt gute Ergebnisse erreichen. Namentlich nannte er die Landwirtschaft, die ein Wachstum von 3 % erzielte. Fünftens müsse auch den schwierigen Wirtschaftssektoren geholfen werden, damit sie die Wirtschaft nicht nach unten ziehen. Medwedew nannte in diesem Zusammenhang die kommunale Wohnungswirtschaft.

Die russischen Medien stellten fest, dass die Rolle der Machtpartei nicht mehr so groß ist wie vor fünf oder sechs Jahren. Sie spielt in der russischen Politik eine wichtige, aber nicht die entscheidende Rolle. Ihre Hauptfunktion besteht in der Mobilisierung der Wählerschaft. Bei der Präsidentenwahl wird sie eher eine mehr tech-

<sup>4</sup> Vgl. Russland intern aktuell Nr. 85 (Mai 2016), S. 2-4



nische Funktion ausüben, da Putins Elektorat größer ist als das der Partei, die aber trotzdem Putins politische Hauptressource bleibt. Das Risiko bei der Präsidentenwahl 2018 ist die niedrige Wahlbeteiligung, die Qualität der Unterstützungsbasis und die Abstimmung in den Großstädten.

\*\*\*

**Anmerkungen:** Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors wieder und ist erstmalig im Februar 2017 im Newsletter „Russland intern aktuell“ Nr. 93 des Deutsch-Russischen Forums Berlin erschienen.

#### Über den Autor dieses Beitrags

---

Prof. Dr. Lic. Eberhard Schneider ist Advisory Board Member of the EU-Russia Centre in Brüssel, Professor für Politikwissenschaft an der Universität Siegen und Leiter der sozialwissenschaftlichen Forschung des Berliner West-Ost-Instituts.



*Prof. Dr. Lic. Eberhard Schneider*